



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Haushalt 2014 ist „historische Zielmarke“!

Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 2014

In dieser sogenannten „Haushaltswoche“ hat der Deutsche Bundestag an diesem Freitag das Haushaltsgesetz für das Jahr 2014 beschlossen. Normalerweise findet dieser Beschluss im Herbst des Vorjahres statt. Nach Bundestagswahlen, die immer im Herbst durchgeführt werden, finden die Haushaltsberatungen aber erst im nächsten Frühjahr statt.

Insgesamt sieht der Haushalt Ausgaben von 296,5 Milliarden Euro vor und damit 11,3 Milliarden weniger als 2013. Unvorhergesehene Belastungen in Höhe von drei Milliarden Euro, die sich aus der vorläufigen Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer, aber auch aus den Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst ergaben, konnten während der Haushaltsberatungen voll ausgeglichen werden. Die Neuverschuldung wird 2014 bei nur 6,5 Mrd. Euro liegen. Das ist der niedrigste Wert seit 40 Jahren, nachdem 2010 noch 44 Milliarden Euro neue Schulden gemacht wurden. Ab dem kommenden Jahr werden wir zum ersten Mal seit 1969 ohne zusätzliche Schulden auskommen. Diese positive Haushaltsentwicklung ist maßgeblich auf die Politik sowohl der christlich-liberalen als auch der jetzigen großen Koalition zurückzuführen.

Am Mittwoch fand die traditionelle Generalaussprache zum Haushalt statt. Bundeskanzlerin Angela Merkel verwies besonders darauf, dass es der unionsgeführten Bundesregierung seit Jahren gelinge, trotz des eingeschlagenen Konsolidierungskurses die Ausgaben für Bildung und Forschung deutlich anzuheben. Denn nachhaltige Politik sei immer nach vorne gerichtet. Deutschland müsse sich fragen, womit es in 5, 10 oder 20 Jahren sein Geld verdienen wird. Daher seien für das rohstoffarme Deutschland Investitionen in die Menschen oberste Priorität. Zwischen 2005 und 2013 – also seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch Angela Merkel – hat der Bund seine Ausgaben in Bildung

und Forschung um 60% auf 14,4 Mrd. Euro gesteigert. Inzwischen werden in Deutschland 3% des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investiert. In dieser Legislaturperiode wird der Bund für diesen Bereich erneut zusätzliche 9 Mrd. Euro zur Verfügung stellen.

Zugleich stellte die Bundeskanzlerin angesichts einer Rekordbeschäftigung von über 42 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und einem prognostizierten Wachstum von knapp 2% fest, dass Deutschland Stabilitätsanker und Wachstumsmotor der Eurozone und auch der ganzen Europäischen Union bleibe. Ab 2015 gehört das Schuldenmachen des Bundes in Deutschland der Vergangenheit an: Dann werde mit einem Etat ohne Nettokreditaufnahme eine „haushaltspolitisch historische Zielmarke“ erreicht, sagte die Bundeskanzlerin in der Debatte. „Das gilt dann auch für die kommenden Jahre“, versprach sie.

EU-Gipfel trifft Personalentscheidungen

Zugleich gab die Bundeskanzlerin in ihrer Rede auch einen Ausblick auf den EU-Gipfel, der heute in Brüssel stattfindet. Sie kündigte ihre Unterstützung für Jean-Claude Juncker für das Amt des Kommissionspräsidenten an. Auch wenn es bedauerlich sei, dass der britische Widerstand gegen ihn nicht ausgeräumt werden konnte, sei es nach ihren Worten auch „kein Drama“, wenn der Europäische Rat den Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten nicht einstimmig, sondern mehrheitlich vorschlägt. Die Kanzlerin kündigte an, dass auf dem Gipfel ein „überzeugendes Paket aus inhaltlichen Prioritäten und ersten Personalentscheidungen“ beraten werden wird. Klar bekannte sie sich zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Er enthalte klare Leitplanken und Grenzen einerseits und eine Vielzahl von Flexibilitätsinstrumenten andererseits: „Beides müssen wir nutzen.“ Plänen, den Pakt aufzuweichen, erteilte sie unter dem Beifall der gesamten Koalition eine klare Absage.

Mehr Markt beim Ausbau erneuerbarer Energien

Als erstes energiepolitisches Projekt in dieser Legislaturperiode wurde in dieser Woche die Reform der Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) verabschiedet. Mit einem Anteil von derzeit rund 25 Prozent an der Stromerzeugung ist Strom aus erneuerbaren Energien schon heute kein Nischenprodukt mehr, sondern ein bedeutsamer Teil der Stromversorgung. Das ist ein großer Erfolg der unionsgeführten Koalitionen der letzten Jahre. Jedoch sind auch die Strompreise in den vergangenen Jahren massiv angestiegen. Die Verbraucher zahlen inzwischen jedes Jahr rund 24 Milliarden Euro für die Förderung der Erneuerbaren Energien. Mit der nun beschlossenen Reform werden drei wichtige Ziele erreicht: Erstens wird durch die Reform des EEG-Fördersystems der Kostenanstieg beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien gebremst. Hierzu enthält der Gesetzentwurf eine Reihe von Regelungen, u.a. die Festlegung verbindlicher technologiespezifischer Ausbaukorridore für die verschiedenen Arten der Erneuerbaren Energien (Wind an Land, Photovoltaik, Biomasse etc.), den Abbau bestehender Überförderungen (z.B. Streichung von Boni) und die stärkere Beteiligung der Eigenstromerzeuger an der EEG Umlage. Zweitens werden mit der Neuregelung der Besonderen Ausgleichsregelung im EEG die Entlastungen für die stromintensiven Industrien „europafest“ gemacht. Diese Entlastungen sind unumgänglich für den Erhalt des Industriestandorts und hunderttausender Arbeitsplätze in Deutschland. Sie schaffen Planungssicherheit für die zahlreichen, meist mittelständischen Unternehmen in diesen Branchen. Drittens wird mit dem EEG-Änderungsgesetz der Systemwechsel bei der Förderung der Erneuerbaren Energien eingeleitet. Spätestens ab 2017 soll die Förderung der erneuerbaren Energien über Ausschreibungen ermittelt werden. Damit legt nicht mehr die Politik, sondern der Markt die Förderung fest. Im Mittelpunkt der Novelle stand vor allem auch das Thema Eigenverbrauch. Hier bestand Handlungsbedarf, da immer mehr Verbraucher ihren Strom selber erzeugen und dies zu einem Anstieg der Strompreise bei allen anderen Verbrauchern führt. Um dieser Entsolidarisierung entgegenzuwirken, haben wir eine Regelung auf den Weg gebracht, die die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf möglichst viele Schultern verteilt. Allerdings bleiben neue Photovoltaik-Anlagen

bis zu einer Größe von 10 Kilowatt (d.h. Anlagen auf Ein- und Zweifamilienhäusern) auch weiterhin von der EEG-Umlage vollständig befreit. Wichtig war der Union der Bestandsschutz für bestehende Anlagen. Nicht nur bestehende Eigenversorgungsanlagen werden auch künftig von der EEG-Umlage befreit bleiben, auch bei der Biomasse konnten Eingriffe in die Förderung bestehender Anlagen verhindert werden.

Meister-BaFöG ist Riesenerfolg!

Die Zahl der Fachkräfte, die gefördert mit dem „Meister-BaFöG“ den beruflichen Aufstieg schaffen wollen, ist 2013 im sechsten Jahr in Folge auf nun 171.000 gestiegen. Die Förderzusagen beliefen sich 2013 auf 576 Millionen Euro. Dies sind 5,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Akademische und berufliche Bildung sind für uns gleich wichtig. Deshalb stärken wir nicht nur das BaFöG, sondern auch das Meister-BaFöG. Wir wollen im Berufsbildungssystem ebenso Karrieren fördern wie im Hochschulsystem. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir die Förderleistungen beim Meister-BaFöG weiter verbessern und die Fördermöglichkeiten erweitern.

Landesgruppe verabschiedet Annette Schavan

Auf Einladung des Landesgruppenvorsitzenden Thomas Strobl verabschiedeten sich an diesem Mittwoch Weggefährten aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft von der ehemaligen Bundesbildungsministerin Annette Schavan. Mit Ablauf dieses Monats legt sie ihr Bundestagsmandat nieder, um ab Juli Botschafterin Deutschlands beim Heiligen Stuhl in Rom zu werden. Neben der Bundeskanzlerin und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, war auch der EU-Kommissar Günther Oettinger eigens aus Brüssel angereist, um ein Grußwort zu Ehren Schavans zu halten. Alle drei politischen Weggefährten zeichneten ihre jeweiligen sehr persönlichen Beziehungen und gemeinsam durchlaufenen Phasen im politischen Betrieb mit Annette Schavan nach. Über ein Wiedersehen mit ihren ehemaligen Bundestagskollegen kann Annette Schavan sich in jedem Fall schon freuen. Eine Delegation des Europaausschusses wird Anfang Juli bei ihrer Reise nach Rom anlässlich der italienischen EU-Ratspräsidentschaft auch Annette Schavan besuchen. Ich freue mich schon auf ihre ersten Eindrücke im neuen Amt.